Antrag auf Gewährung einer Zuwendung gemäß der Richtlinie „Zukunftsfähige und nachhaltige Abwasserbeseitigung NRW“ (ZunA NRW)

Förderbereiche (FB) 1, 2.1, 2.2, 2.3, 3, 4.2, 4.3, 5.2 und 5.3

Anträge sind über die Online-Förderportale der NRW.BANK oder schriftlich in zweifacher Ausfertigung **(nicht FB 5.3)** bei der NRW.BANK, Anstalt des öffentlichen Rechts, 101-81320, Kavalleriestraße 22, 40213 Düsseldorf, einzureichen.

1. Angaben zum/zur Antragsteller/in

A. Kommunale Antragsteller/innen (Gemeinden/Eigenbetriebe/Verbände/AöR)[1]

Name/Bezeichnung der Antragstellerin/des Antragstellers

Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

Bankverbindung

IBAN | BIC | Bank

Auskunft erteilt (Name, Telefon-Durchwahl, Fax, E-Mail-Adresse)

Bei Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts oder nicht rechtsfähigen Eigenbetrieben (Bitte Satzung beifügen!)

B. Nur für FB 1 und soweit zutreffend FB 2.3: Antragsteller/innen in privatrechtlicher Rechtsform (Nutzer)

Firma/Rechtsform der Antragstellerin/des Antragstellers

Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

Bankverbindung

IBAN | BIC | Bank

Auskunft erteilt (Name, Telefon-Durchwahl, Fax, E-Mail-Adresse)

Eingetragen ins entsprechende Register seit (Datum) (bitte HR-Auszug und Kopie des Personalausweises beifügen) | Beim Amtsgericht in

[1] Für diese Maßnahme können Sie ergänzend ein Darlehen aus dem „NRW.BANK.Ergänzungsprogramm.Abwasser“ beantragen.

zurücksetzen

Falls abweichend: Investor

Firma/Rechtsform der Antragstellerin/des Antragstellers

Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

Bankverbindung

IBAN | BIC | Bank

Auskunft erteilt (Name, Telefon-Durchwahl, Fax, E-Mail-Adresse)

Eingetragen ins entsprechende Register seit (Datum) | Beim Amtsgericht in
(bitte HR-Auszug und Kopie des Personalausweises beifügen)

2. Maßnahme/Projekt

☐ Industrielle und gewerbliche Abwasserbeseitigung (FB 1)
☐ Variante 2.2 a) ☐ Variante 2.2 b) ☐ Variante 2.2 c)

☐ Energiesparmaßnahmen und Ressourceneffizienz auf öffentlichen Abwasseranlagen (FB 2.1)
☐ Variante 3.2 a) ☐ Variante 3.2 b)[2] ☐ Variante 3.2 c)

☐ Konzepte zum Schutz von Abwasseranlagen vor Hochwasser und Starkregen (FB 2.2)

☐ Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (FB 2.3)
☐ Variante 5.2 a) ☐ Variante 5.2 b) ☐ Variante 5.2 c)

☐ Reduzierung von Stoffeinträgen aus öffentlichen Kläranlagen (FB 3)
☐ Variante 6.2 a) ☐ Variante 6.2 b)

☐ Retentionsbodenfilteranlagen (FB 4.2)
☐ Bodenfilteranlagen an Lachsjungfisch- und Laichhabitaten

☐ Technische Anlagen zur weitergehenden Behandlung von Misch- und Niederschlagswasser (FB 4.3)
☐ Variante 9.2 a) ☐ Variante 9.2 b) ☐ Variante 9.2 c)

☐ Fremdwasser – Private Kanalsanierung (FB 5.2)

☐ Sanierung der Abwasseranlagen auf kommunalen oder privaten Liegenschaften (FB 5.3)
☐ Variante 12.2 a) ☐ Variante 12.2 b)

Bezeichnung der Maßnahme/des Projekts:

Durchführungszeitraum: (fachlich – Datum)

Beginn | Ende

3. Beantragte Förderung €

Die Förderung geht vollständig an

☐ Eigenbetrieb

[2] Nur in Verbindung mit Antrag nach FB 3 [Nr. 6.2 a)].

zurücksetzen

4. Finanzierungsplan (Bitte in einer Anlage detailliert ausführen!)				
		Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)		
	Summe	20	20	20 und folg.
	in €			
4.1 Gesamtkosten	**0,00**			
4.2 Davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben	**0,00**			
4.3 Abzüglich Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	**0,00**	./.	./.	./.
4.4 Abzüglich der mit der Abwasserabgabe nach § 10 Abs. 3 oder 4 des Abwasserabgabengesetzes zu verrechnende Aufwendungen[3]	**0,00**	./.	./.	./.
4.5 Zuwendungsfähige Gesamtausgaben	**0,00**	= **0,00**	= **0,00**	= **0,00**
4.6 Beantragte Förderung (Nummer 3)	**0,00**			
4.7 Bewilligte/beantragte öffentliche Förderung (ohne Nummer 4.6) durch	**0,00**			
4.8 Eigenanteil	**0,00**			
4.8.1 davon Eigenmittel[4]	**0,00**			
4.8.2 davon Hausbankendarlehen[4]	**0,00**			

5. Beantragte Förderung				
Zuwendungsbereich	Zuweisung in €	Darlehen in €	Schuldendienst-hilfen in €	v. H. von Nummer 4.5
Summe				

6. Begründung

6.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u. a. Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen); **auch als Anlage möglich**

6.2 Zur Notwendigkeit der Landesförderung und Gesamtfinanzierung
(u. a. Förderhöhe, Landesinteresse, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten, Eigenmittel)

[3] Nur FB 1, 2.1, 2.3, 3, 4.2 und 4.3
[4] Nur auszufüllen von Antragstellern/Antragstellerinnen in privatrechtlicher Form.

zurücksetzen

7. Erklärungen

Die Antragstellerin/Der Antragsteller erklärt, dass sie/er

7.1 den Eigenanteil aufbringen kann, weil die Mittel für die Maßnahme haushälterisch beziehungsweise im Wirtschaftsplan bereitgestellt sind.

7.2 mit der Maßnahme noch nicht begonnen hat und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheids nicht beginnen wird.[5] **Als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Teil- oder Gesamtausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrags (Auftrag für z. B. Bauleistung, Abschluss eines Kaufvertrags) zu werten.** Bei Ausschreibungen – insbesondere VOB-Ausschreibungen – ist erst der Zuschlag bzw. der Vertragsschluss der Maßnahmebeginn. Die HOAI-Honorarverträge der Leistungsphasen 1 bis 6 werden dem Planungsstadium zugerechnet und stellen keinen vorzeitigen Maßnahmebeginn dar. Die Beauftragung der Leistungsphase 7 (Mitwirkung bei der Vergabe), 8 (Bauoberleitung) und/oder 9 (Objektbetreuung) HOAI stellt stets einen der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrag dar, es sei denn, der **HOAI**-Vertrag
a) wurde unter dem Vorbehalt der Bewilligung einer Förderung geschlossen oder
b) ist bedingt durch die Bewilligung der Fördermittel oder
c) enthält ein kostenloses Rücktrittsrecht im Falle der Nichtgewährung der Förderung.

7.3 zum Vorsteuerabzug ☐ berechtigt ist, ☐ nicht berechtigt ist.

Für den Fall der so vom Finanzamt eingeräumten Befreiung von der Mehrwert- oder Umsatzsteuer sind im Finanzierungsplan sämtliche Ansätze zur Vermeidung einer unzulässigen doppelten Finanzierung ohne diese Steuer zu veranschlagen, denn das Finanzamt erstattet sie der/dem Antragstellenden zurück.

7.4 bis jetzt keine staatlichen Beihilfen erhalten hat, die Gegenstand einer anhängigen Rückforderungsanordnung der EU-Kommission sind.

7.5 die Ziele des Klimaschutzes berücksichtigt.

7.6 die beantragte Zuwendung
a) nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten einsetzen wird und
b) keine terroristische Vereinigung ist oder terroristische Vereinigungen unterstützt.

die Zuwendungsvoraussetzungen der jeweiligen Förderbereiche vorliegen (siehe Erläuterungen):

7.7 Nur für FB 1 und 2.3:
– eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis hat.
☐ ja ☐ nein
– Kommunale Antragsteller (Gemeinden/Eigenbetriebe/Verbände/AöR)
☐ sind nicht im Rahmen der gewerblichen Abwasserbeseitigung tätig.
☐ setzten die Maßnahme im Rahmen der Abwasserbeseitigungspflicht um.[6]
– im Rahmen der gewerblichen, forstwirtschaftlichen, landwirtschaftlichen oder freiberuflichen **Haupttätigkeit** handelt und die angegebene Bankverbindung ist das eigene und bei den Finanzbehörden bekannte **Geschäftskonto**.
☐ ja ☐ nein (bei „nein" fehlt eine Zuwendungsvoraussetzung und eine Bewilligung kommt nicht in Betracht)
– bei Investor-Nutzer-Modell:
Erklärungen des Investors:
– Ich trete dem Antrag bei und verpflichte mich, den Fördervorteil an den Nutzer weiterzuleiten und in Höhe des noch nicht weitergeleiteten Anteils der Zuwendung die gesamtschuldnerische Haftung zu übernehmen.
– Ich handele im Rahmen der gewerblichen, forstwirtschaftlichen, landwirtschaftlichen oder freiberuflichen **Haupttätigkeit**; die angegebene Bankverbindung ist das eigene und bei den Finanzbehörden bekannte **Geschäftskonto**.
☐ ja ☐ nein (bei „nein" fehlt eine Zuwendungsvoraussetzung und eine Bewilligung kommt nicht in Betracht)

[5] Sofern Sie bereits vor Bewilligung mit dem Projekt beginnen müssen, ist ebenfalls ein Antrag auf Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns zu stellen. Allerdings dürfen Sie auch in diesem Fall erst dann mit dem Projekt beginnen, wenn Ihnen der vorzeitige Maßnahmebeginn **schriftlich** genehmigt wurde. Ist bereits mit dem Projekt vor bzw. bei Antragstellung begonnen worden, so ist eine Genehmigung grundsätzlich nicht möglich.

[6] Falls eine Tätigkeit in der gewerblichen Abwasserbeseitigung erfolgt, ist der NRW.BANK die „De-minimis-Erklärung" (Formular 20121) bzw. die „Erklärung über erhaltene/beantragte andere staatliche Zuwendungen für dieselben förderbaren Aufwendungen" (Formular 20122) einzureichen.

zurücksetzen

7.8 Nur für FB 2.3:
Waren oder Dienstleistungen an einem Markt anbietet. (siehe Art. 107 Absatz 1 AEUV)
☐ ja ☐ nein (bei „ja“ sind die Formulare 20121 „Erklärung über erhaltene und/oder beantragte De-minimis-Beihilfen“, 20122 „Erklärung über erhaltene/beantragte andere staatliche Zuwendungen für dieselben förderbaren Aufwendungen“ einzureichen.)

7.9 Nur Für FB 2.1 Variante 3.2 b)
dass der NRW.BANK ein Antrag nach FB 3 Nr. 6.2 a) vorliegt und die Maßnahmen zeitgleich durchgeführt werden.

7.10 Nur für FB 1, 2.1, 3, 4.2 und 4.3:
mit diesem Förderantrag die Gewährung einer Zuwendung für eine Maßnahme/ein Projekt beantragt hat, die/das der erforderlichen Genehmigung nach § 57 Abs. 2 Landeswassergesetz NRW und/oder einer Genehmigung nach dem BImSchG oder gegebenenfalls weiteren Genehmigungen bzw. bauaufsichtlichen Zulassungen (bitte konkretisieren)

☐ entspricht und beabsichtigt, die Maßnahme/das Projekt gemäß der oben genannten Genehmigung durchzuführen.[7]

7.11 Nur für FB 5.2 und 5.3 Nr. 12.2 a):
die gesamte gemeindliche Kanalisation gemäß den Anforderungen der SüwVO Abw untersucht und dies gegenüber der für die Überwachung nach § 93 LWG zuständigen Behörde nachgewiesen hat.

7.12 Nur für FB 5.2:
– durch Satzung die Inspektion aller Hausanschlüsse im abgegrenzten Fremdwasserschwerpunktgebiet veranlasst hat.
– die Grundstückseigentümerinnen/die Grundstückseigentümer über ihre Pflichten nach §§ 60 und 61 des Wasserhaushaltsgesetzes unterrichtet und beraten hat.
– dass ein Fremdwassersanierungskonzept besteht, bei dem in einem Fremdwasserschwerpunktgebiet die öffentliche und private Kanalisation ganzheitlich (als Einheit) saniert wird.
Ggf. gefördert durch NRW.BANK AZ

7.13 Nur für FB 5.3:
– es sich bei dem Grundstück um eine kommunale oder private Liegenschaft handelt, die nicht Bestandteil der öffentlichen Kanalisation und an ein Schmutzwasser- oder Mischwassersystem angeschlossen ist.
– keine Ausgaben für Regenwasserkanäle im Finanzierungsplan unter Punkt 4 als förderfähig ausgewiesen hat (Ausnahme: bei Umstellung der öffentlichen Kanalisation auf ein Trennsystem im Stadt- oder Fremdwasserschwerpunktgebiet).

7.14 Nur für FB 5.3 Nr. 12.2 a):
für die Liegenschaft keinen Antrag auf Förderung nach dem Förderbereich 5.2 des jeweils aktuellen Förderprogramms „Zukunftsfähige und nachhaltige Abwasserbeseitigung NRW“ gestellt beziehungsweise keinen Anspruch auf die Förderung hat.

7.15 Platz für weitere Erläuterungen der Antragstellerin/des Antragstellers

7.16 die in diesem Antrag gemachten Angaben (einschließlich der beigefügten Antragsunterlagen) vollständig gemacht hat und diese richtig sind.

7.17 Kenntnis darüber hat, dass die in Nummern 1 bis 7.16 angegebenen Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) sind und dass Subventionsbetrug strafbar ist. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Ihnen unverzüglich Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sobald mir/uns diese bekannt sind. Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBI. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

[7] ab dem 01.06.2025 werden Förderanträge nur entgegengenommen, wenn das Vorhaben wasserrechtlich genehmigt worden ist.

zurücksetzen

Der Antragstellerin/Dem Antragsteller sind ferner die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungspflichten bekannt; insbesondere wird sie/er jede Abweichung von den bestehenden Angaben unverzüglich schriftlich der NRW.BANK mitteilen, bei der der Antrag eingereicht wurde.

Der Antragstellerin/Dem Antragsteller ist die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs bekannt.

7.18 Kenntnis darüber hat, dass alle in diesem Antrag angegebenen personenbezogenen Daten von den am Verfahren Beteiligten zum Zweck der Antragsbearbeitung und Darlehensverwaltung, soweit es zur rechtmäßigen Aufgabenerfüllung und zur Erfüllung gesetzlicher Anforderungen zwischen den Beteiligten erforderlich ist, erhoben, gespeichert und genutzt sowie zwischen diesen gegenseitig übermittelt werden dürfen.

Beteiligte können die NRW.BANK, die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen, die zuständige Bezirksregierung, die Bezirksregierung Düsseldorf und die von diesen beauftragten Stellen sein.

Ich/Wir befreie(n) insoweit die NRW.BANK vom Bankgeheimnis.

7.19 ☐ einverstanden ist, dass die NRW.BANK ihm/ihr Bewilligungsbescheide und den Schlussbescheid im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung durch Übersendung in der Form eines elektronischen Dokuments an die in diesem Antrag angegebene E-Mail-Adresse bekanntgibt. Er/Sie eröffnet mit der Angabe seiner/ihrer E-Mail-Adresse in diesem Antrag einen Zugang hierfür.

Den Wechsel oder Wegfall der in diesem Antrag angegebenen E-Mail-Adresse wird er/sie der NRW.BANK unverzüglich mitteilen.

Ihm/Ihr ist bekannt, dass seine/ihre vorstehende Einwilligung jederzeit widerrufen werden kann.

(Hinweis: Antragsteller(innen), die die Portale nutzen, erhalten die oben aufgeführten Bescheide/Entscheidungen grundsätzlich über die Portale.)

zurücksetzen

8. Anlagen

- Erläuterung des Vorhabens
- Detaillierter Kosten- und Finanzierungsplan (siehe 4.)
- Erläuterung der Erreichung der Ziele des Klimaschutzes
- Angabe des vorgesehenen Vergabeverfahrens
- nur FB 1 und soweit erforderlich 2.3: Formulare 20121 „Erklärung über erhaltene und/oder beantragte De-minimis-Beihilfen“, 20122 „Erklärung über erhaltene und/oder beantragte andere staatliche Zuwendungen für dieselben förderbaren Aufwendungen“[8]
- nur im FB 1 und 2.3:
  - bei natürlichen und juristischen Personen des Privatrechts:
    - aktueller Handelsregisterauszug
    - Kopie des Personalausweises der vertretungsberechtigten Person(en)/des Antragstellers/der Antragstellerin
    - Geschäftsberichte der letzten beiden Jahre
    - aktuelle Betriebswirtschaftliche Auswertung
  - Folgende Unterlagen sind unter anderem – sofern relevant – auf Anforderung nachzureichen:
    - Bescheinigung in Steuersachen
    - Formlose Bankauskunft über die Finanzierung des Eigenanteils
- nur FB 2.1:
  - Energieanalyse [nur für a) und b)]
  - Nachweis über die zulässige Verwertung des recycelten Produkts [nur c)]
  - Für zu erneuernde Anlagenteile wie z. B. Belüfter, Pumpen etc. ist der Abschreibungszeitraum mitzuteilen [nur für a) und c)][9]
- nur FB 2.2: Angebot über die Erstellung eines Konzeptes zum Schutz von Abwasseranlagen vor Hochwasser und Starkregen (Schutzkonzept) von einem externen Dritten
- nur FB 2.3: Nachweis über die Einhaltung der wasserrechtlichen Vorgaben
- nur FB 1, 2.1, 3, 4.2 und 4.3:
  - kurze Anlagenbeschreibung
  - wasserrechtlicher Genehmigungsbescheid (ab dem 01.06.2025 werden Förderanträge nur entgegengenommen, wenn das Vorhaben wasserrechtlich genehmigt worden ist.)
- nur FB 2.1, 3, 4.2, 4.3, 5.2 und 5.3: Zeitplan
- nur FB 2.1, 2.3, 3, 4.2, 4.3, 5.2 und 5.3: Lageplan, Maßstab 1:1000 oder größer mit
  - Kennzeichnung der zu fördernden Anlagenbestandteile (FB 2.1, 3, 4.2 und 4.3)
  - Kennzeichnung der privaten Grundstücke im Fremdwasserschwerpunktgebiet (FB 5.2)
- nur FB 4.2: Auszug aus dem aktuellen Bewirtschaftungsplan (siehe Nr. 8.5.4.3 der RL)
- nur FB 4.3 c): Nachweis der 80 prozentigen Elimination von Millisil im Laborversuch eines DIBT – Prüfinstituts oder bei großen technischen Filteranlagen durch den einjährigen Betrieb einer baugleichen Anlage
- nur FB 5.2:
  - Nachweis über den Verdünnungsanteil von mehr als der Hälfte des Abwasserabflusses bei Trockenwetter
  - Excel-Liste als Anlage zum Sammelantrag
- nur FB 5.3:
  - Bescheinigung über das Ergebnis der Prüfung des Zustands und der Funktionsfähigkeit privater Abwasserleitungen und zugehöriger Schächte[10]
  - bei mehreren Vorhaben: Excel-Liste als Anlage zum Sammelantrag
  - nur Nr. 12.2 a):
    - Bestätigung der unteren Wasserbehörde nach Nr. 12.4 Satz 4 und 5 der RL
    - Nutzungsart der Liegenschaft
    - fachtechnische Antragsprüfung durch das Tiefbauamt
    - Plausibilitätsprüfung des Antrags durch die UWB
  - nur Nr. 12.2 b):
    - Nachweis nach Nr. 12.4 Satz 9 der RL

[8] Informationen dazu können der „Kundeninformation De-minimis-Beihilfen“ (Formular Nr. 20021) entnommen werden.
[9] Ein Ersatz nach Abschreibung ist nicht förderfähig.
[10] Die Muster-Bescheinigung ist auf der Internetseite des Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW unter www.lanuv.nrw.de/wasser/abwasser/dichtheit.htm abrufbar.

zurücksetzen

Ort, Datum, **Dienstsiegel**[11]/Stempel

Dienststellung(en) und Unterschrift(en)
der Antragstellerin/des Antragstellers

Ort, Datum, Stempel

Unterschrift(en) der Investorin/des Investors

(Ort, Datum, Dienstsiegel/Stempel und Unterschriften sind grundsätzlich nur erforderlich, wenn der Antrag im Portal nicht zusammen mit einer Vollmacht oder postalisch eingereicht wird.)

9. Gegebenenfalls Ergebnis der Antragsprüfung durch die baufachliche Stelle (Nummer 6.8 VVG/6.9 VV zu § 44 LHO):

   1. Nach Prüfung der dem Antrag beigefügten Pläne, Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstigen Unterlagen wird festgestellt, dass die Baumaßnahme den baulichen Anforderungen und hinsichtlich der Planung und Konstruktion den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit – nicht – entspricht. Die baufachliche Stellungnahme wurde beigefügt.

   2. Für die Durchführung der Baumaßnahme hat die Antragstellerin/der Antragsteller folgende Ausgaben geplant: _____ €

   3. Aufgrund der Prüfung wird folgender Betrag als angemessen erachtet: _____ €

Ort, Datum

Dienststelle, rechtsverbindliche Unterschrift(en),
Siegel bzw. Stempel

[11] Erforderlich, soweit ein Dienstsiegel geführt wird.

zurücksetzen